

des Jahres 1823. Sein Bericht gibt uns interessante Daten über die Lage der Provinz: Den Kriegskosten und Verlusten, die Borgstede auf 100 Millionen annimmt, stehen Entschädigungen im Nominalbetrage von etwa 22 Millionen gegenüber, die aber bei dem schlechten Kursstand der russischen Bons und der Lieferungsscheine in Wirklichkeit einen viel geringeren Wert haben. Für 1822 beträgt der Ausfall an Steuern und Gefällen in der Provinz gegen das Solleinkommen fast 1 300 000 Taler. Die Hypothekenschulden sind seit 1809 um 5,7 Millionen gewachsen. 551 Güter sind gepfandbriefst; die Zinsen, die von ihnen zu zahlen sind, betragen mehr als die Hälfte ihres bei der Taxe angenommenen Reingewinnes, und vielfach erhöhen noch Privatschulden diesen Prozentsatz. Von jenen 551 Gütern wurden 94 meist seit 1816 zur Subhastation gebracht, wobei die Landschaft an 57 Gütern fast eine halbe Million einbüßte. 103 stehen in Sequestration. Die rückständigen Landschaftszinsen betragen 714 000 Taler. Die Pfandbriefe, die 1813 ihren tiefsten Stand hatten (43 %) waren 1819 auf 92 % gestiegen, sind aber 1822 wieder auf 79½ % gesunken.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache: Die Lage des ostpreussischen Grundbesitzes hat sich seit 1816 um nichts gebessert. Die starke Verschuldung ist in keiner Weise gemindert. Die Retablissementsgelder scheinen spurlos verschwunden und haben sich nicht fruchtbar anlegen lassen. Soviel war aus dieser Erfahrung zu lernen: bloße Geldunterstützungen, wenn sie nicht in großem Umfang geboten werden konnten, führten nicht zum Ziel. Da die Mittel des Staats beschränkt waren, mußten also ergänzende Maßnahmen getroffen werden.

Die Notwendigkeit einer umfassenden Hilfstätigkeit von seiten des Staates begründete Borgstede bezeichnenderweise damit, daß bei weiterem Fallen der Pfandbriefe die Generalgarantie aller preussischen Güter, also auch der staatlichen Domänen, in Anspruch genommen werden müßte. Mit den Reformvorschlägen der Deputierten des Generallandtags war Borgstede zumeist nicht einverstanden. Die Anleihe von über drei Millionen erschien ihm weder zweckmäßig noch rentabel. Er befürwortete, daß der Staat zehn Jahre lang die Zinsen der Pfandbriefe zahlen solle, und daß die von den Schuldnern einzutreibenden Zinsen als Unterstützungen denjenigen Gutsbesitzern zugewandt würden, die bei der Regulierung Bauernland angenommen hätten. Außerdem wollte er aufs neue ein Zahlungsmoratorium einführen.

Borgstedes Bericht wurde der Gegenstand längerer Erörterungen. So schickte auch Schön am 19. März 1824 an Rother, mit dem er kurz vorher auf der Marienburg zusammengetroffen war, ein Gutachten<sup>1)</sup>, das mit

stellten Auszug. Geh. St. N. 89 C XXI. Preußen Gen. 2 vol. I. Hier steht auch Borgstedes Vorbericht v. 23. Juli 1823.

<sup>1)</sup> C. Beilage Nr. II.